



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

44. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 13. Juni 1991

Nummer 36

Inhalt

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

| Datum | | Seite |
|-------------|--|-------|
| | Finanzministerium | |
| 23. 4. 1991 | RdErl. – Abschlagszahlung auf die zu erwartende Anpassung der Dienst-, Versorgungs- und Anwärterbezüge | 772 |
| | Hinweis | |
| | Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 22 v. 24. 5. 1991 | 784 |

II.

Finanzministerium

**Abschlagszahlung
auf die zu erwartende Anpassung der Dienst-,
Versorgungs- und Anwärterbezüge**

RdErl. d. Finanzministeriums v. 23. 4. 1991 -
B 2104 - 28 - IV A 2

Der Bund bereitet zur Zeit ein Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1991 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1991 - BBVAnpG 91) vor. Nach dem Gesetzentwurf sollen

- a) die Grundgehälter, Amtszulagen, Ortszuschläge und bestimmte Stellenzulagen sowie
- b) die Sätze der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 und 3 MVergV

mit Wirkung vom 1. März 1991 um 6 v. H. erhöht werden. Gleiches gilt für die Anwärterbezüge mit der Maßgabe, daß die Anwärtergrundbeträge um mindestens 100 DM angehoben werden. Im übrigen ist beabsichtigt, in der Erschwerniszulagenverordnung die Sätze der Zulagen in § 4 Abs. 1, § 8 Abs. 1 und 2, § 19 a und in § 23 c anzuheben.

Aufgrund der Ermächtigung in dem Vermerk zu Kapitel 20020 Titel 48110 Ziff. 2 des Landeshaushalts wird entsprechend dem Vorgehen des Bundes die Zahlung von Abschlägen auf die zu erwartenden Erhöhungsbeträge angeordnet. Bei der Durchführung der Abschlagszahlungen bitte ich, folgendes zu beachten:

1 Allgemeines

Die sich aus der Erhöhung um 6 v. H. ergebenden Bezüge sind den Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern möglichst erstmals für den Monat Juni 1991 zu zahlen. Für die Monate März bis Mai 1991 sind entsprechende Nachzahlungen zu leisten. Die Zahlungen erfolgen unter dem Vorbehalt einer späteren gesetzlichen Regelung; der Vorbehalt bezieht sich auf die Mehrbeträge, die sich gegenüber den nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften zu zahlenden Beträgen ergeben.

2 Abschlagszahlungen auf die erhöhten Dienstbezüge

2.1 Die Sätze der Grundgehälter der Besoldungsordnungen A, B, C und R werden durch die Sätze der beigefügten Anlage 1 ersetzt. An die Stelle der bisherigen Grundgehälter der Besoldungsordnung H treten ebenfalls die Beträge der Anlage 1.

Anlage 1

2.2 Die Sätze der Amtszulagen der Bundesbesoldungsordnungen A und R und der Landesbesoldungsordnung A (Anlage 1 in Verbindung mit Anlage 2 des LBesG) werden um 6 v. H. erhöht. Die Beträge der Amtszulagen sind in der Anlage 3 ausgewiesen.

Anlage 3

2.3 Zuschüsse zum Grundgehalt nach Nummern 1 und 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C werden, soweit sie in festen Beträgen festgesetzt sind, um 6 v. H. erhöht. Bruchteile von Pfennigen werden auf volle Pfennige aufgerundet; die in den genannten Vorschriften bestimmten Höchstbeträge dürfen jedoch nicht überschritten werden.

2.4 Die Sätze der Stellenzulagen gem. Nummern 8, 9, 10, 12 und 27 der Vorbemerkungen zu den BBesO A und B, gem. Nummer 2 b der Vorbemerkungen zur BBesO C, gem. Nummer 1 a der Vorbemerkungen zur BBesO R und gem. Nummer 25 der Vorbemerkungen zu den LBesO werden um 6 v. H. erhöht. Die Beträge dieser Zulagen sind in der Anlage 4 ausgewiesen.

Anlage 4

2.5 Die Sätze der Ortszuschläge werden durch die Sätze der beigefügten Anlage 2 ersetzt.

Anlage 2

2.6 Bei Überleitungs- und Ausgleichszulagen ist wie folgt zu verfahren:

2.61 Ausgleichszulagen nach Artikel V § 4 AnpGNW - 2. BesVNG nehmen in der sich am 1. März 1991 ergebenden Höhe an der Erhöhung um 6 v. H. teil. Nummer 2.3 Satz 2 Halbsatz 1 gilt entsprechend.

2.62 Überleitungszulagen nach Artikel IX § 11 des 2. BesVNG, nach Artikel V § 3 Abs. 1 des AnpGNW - 2. BesVNG, nach Artikel III Abs. 1 des 2. AnpGNW - 2. BesVNG oder nach Artikel II des ÄndLBesG nehmen in der sich am 1. März 1991 ergebenden Höhe an der Erhöhung um 6 v. H. teil, sofern sie für die Verminderung des Grundgehälts oder des Ortszuschlags oder für den Wegfall oder die Verminderung einer Amtszulage gewährt werden. Nummer 2.3 Satz 2 Halbsatz 1 gilt entsprechend.

2.7 Die Beträge der Mehrarbeitsvergütung und der Erschwerniszulagen sind, soweit sie erhöht und von der beabsichtigten Abschlagszahlung erfaßt werden, in der Anlage 5 ausgewiesen. Neben der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten wird ab 1. April 1991 eine Nachdienstentschädigung nicht mehr gewährt.

Anlage 5

3 Abschlagszahlungen auf die erhöhten Versorgungsbezüge

3.1 Die Nummern 2.1 bis 2.6 gelten entsprechend für die Berechnung der Versorgungsbezüge.

3.2 Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt oder eine Amtszulage nach einer Besoldungsgruppe des früheren Landesbesoldungsrechts zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze und die Amtszulagen um 6 v. H. erhöht. Nummer 2.3 Satz 2 Halbsatz 1 gilt entsprechend.

Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um 6 v. H. erhöht.

Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 5,8 v. H. erhöht. Das gleiche gilt für den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften.

3.3 In den Fällen des Artikels 13 § 1 Abs. 2 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vermindert sich das Grundgehalt um den Betrag von 71,02 DM.

3.4 Ausgleichszulagen nach Artikel 13 des Finanzanpassungsgesetzes in der Fassung des Artikels V § 6 des 2. BesVNG werden um 6 v. H. erhöht.

3.5 Ausgleichszulagen nach Artikel 1 § 4 des Haushaltsstrukturgesetzes und nach Artikel 2 § 2 des Zweiten Haushaltsstrukturgesetzes vermindern sich um die Hälfte des Betrages, um den sich die Versorgungsbezüge nach Artikel 1 des Gesetzentwurfs erhöhen. Beim Zusammentreffen beider Ausgleichszulagen sind diese insgesamt um die Hälfte des Betrages zu mindern, um den sich die Versorgungsbezüge erhöhen; dabei ist zunächst die frühere Ausgleichszulage aufzuzählen.

Ich weise darauf hin, daß nach Artikel 1 § 5 Abs. 9 des Gesetzentwurfs der kinderbezogene Anteil im Ortszuschlag (§ 50 Abs. 1 Satz 2 BeamTVG) zu den Versorgungsbezügen im Sinne des Artikels 2 § 2 Abs. 1 Satz 4 des Zweiten Haushaltsstrukturgesetzes gehört.

3.6 Die ab 1. März 1991 maßgeblichen Mindestversorgungsbezüge, Mindestunfallversorgungsbezüge und Mindestkürzungsgrenzen nach dem Beamtenversorgungsgesetz ergeben sich aus der Anlage 6.

Anlage 6

4 Abschlagszahlungen auf die erhöhten Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen

Die ab 1. März 1991 geltenden Anwärterbezüge für die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sowie die Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten ergeben sich aus der Anlage 7.

Anlage 7

Nummer 1 gilt entsprechend für Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten.

Der Berechnung der Sonderzuschläge nach § 2 der Verordnung über die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen an Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vom 11. Juni 1990 (BGBI. I S. 1033) sind die in Betracht kommenden Beträge der Anlage 7 zugrunde zu legen.

- 5 Den Gemeinden, Gemeindeverbänden und den sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.**

Im Einvernehmen mit dem Innenministerium.

5. Besoldungsordnung H

| Besoldungsgruppe | Ortszuschlag-Tarifklasse | Dienstaltersstufe | | | | | | | | | | | | | | |
|------------------|--------------------------|-------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |
| H 1 | | 3114,56 | 3255,26 | 3395,96 | 3536,66 | 3677,36 | 3818,06 | 3958,76 | 4099,46 | 4240,16 | 4380,86 | 4521,56 | 4662,26 | 4802,96 | 4943,66 | |
| H 2 | | 3205,98 | 3368,42 | 3570,86 | 3753,30 | 3935,74 | 4118,18 | 4300,62 | 4483,06 | 4665,50 | 4847,94 | 5030,38 | 5212,82 | 5395,26 | 5577,70 | |
| H 3 | Ib | 3614,75 | 3815,33 | 4015,91 | 4216,49 | 4417,07 | 4617,65 | 4818,23 | 5018,81 | 5219,39 | 5419,97 | 5620,55 | 5821,13 | 6021,71 | 6222,29 | 6422,87 |
| H 4 | | 4017,54 | 4249,53 | 4481,52 | 4713,51 | 4945,50 | 5177,49 | 5409,48 | 5641,47 | 5873,46 | 6105,45 | 6337,44 | 6569,43 | 6801,42 | 7033,41 | 7265,40 |

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

| Tarifklasse | Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen | Stufe 1 | Stufe 2 | Stufe 3 1 Kind |
|-------------|---|---------|---------|-------------------|
| Ia | B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10 | 981,95 | 1138,59 | 1272,62 |
| Ib | B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2 H 1 bis H 4 | 828,35 | 984,99 | 1119,02 |
| Ic | A 9 bis A 12 | 736,17 | 892,81 | 1026,84 |
| II | A 1 bis A 8 | 693,49 | 842,65 | 976,68 |

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 134,03 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag ab Stufe 4 für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 40 DM, in Besoldungsgruppe A 4 um je 30 DM und in Besoldungsgruppe A 5 um je 20 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

1. Bundesrechtlich geregelte Amtszulagen, soweit sie im Landesbereich gewährt werden

| Amtszulagen nach | Betrag in DM |
|----------------------------------|--------------|
| Vbm. Nr. 21 zu den BBesO A und B | 264,15 |
| FN 1 zur BesGr. A 2 | 45,54 |
| FN 1 und 5 zur BesGr. A 3 | 83,96 |
| FN 2 zur BesGr. A 3 | 45,54 |
| FN 1 und 4 zur BesGr. A 4 | 83,96 |
| FN 2 zur BesGr. A 4 | 45,54 |
| FN 5 zur BesGr. A 5 | 123,55 |
| FN 6 zur BesGr. A 5 | 83,96 |
| FN 7 zur BesGr. A 5 | 148,25 |
| FN 3 zur BesGr. A 9 | 338,99 |
| FN 7 und 8 zur BesGr. A 12 | 196,87 |
| FN 7 zur BesGr. A 13 | 236,18 |
| FN 11, 12 und 13 zur BesGr. A 13 | 344,50 |
| FN 5 zur BesGr. A 14 | 236,18 |
| FN 7 zur BesGr. A 15 | 236,18 |
| FN 1 und 2 zur BesGr. R 1 | 261,14 |
| FN 3 bis 7 und 10 zur BesGr. R 2 | 261,14 |
| FN 3 zur BesGr. R 3 | 261,14 |

2. Landesrechtlich geregelte Amtszulagen, soweit sie noch gewährt werden

| Amtszulagen nach/für | Betrag in DM |
|--|--------------|
| FN 1 zur BesGr. A 5 | 123,55 |
| FN 2 und 7 zur BesGr. A 14 | 236,18 |
| FN 1 zur BesGr. A 15 mit Erreichen der 15. Dienstaltersstufe | 265,31 |
| FN 3, 4 und 12 zur BesGr. A 15 | 408,08 |
| Bibliotheksräte (k.w.), Oberschullehrer (k.w.) und Staatsarchivräte (k.w.) in BesGr. A 13 | 236,18 |
| Studiendirektor - als hauptamtlicher Geschäftsführer eines Prüfungsamtes für die Ersten Staatsprüfungen für das Lehramt am Gymnasium oder an beruflichen Schulen - (k.w.) in BesGr. A 15 | 236,18 |

Anlage 4

1. Stellenzulagen, die an linearen Besoldungserhöhungen teilnehmen

| Stellenzulagen nach | Betrag in DM |
|---------------------------------------|--------------|
| Vbm. Nr. 8 Abs. 1 BBesO A und B | |
| in BesGr. A 1 bis A 5 | 212,— |
| in BesGr. A 6 bis A 9 | 291,50 |
| in BesGr. A 10 bis A 13 | 371,— |
| in BesGr. A 14 und höher | 450,50 |
| für Anwärter der Laufbahngruppe | |
| - des mittleren Dienstes | 159,— |
| - des gehobenen Dienstes | 212,— |
| - des höheren Dienstes | 265,— |
| Vbm. Nr. 9 BBesO A und B | |
| nach einer Dienstzeit von einem Jahr | 106,— |
| nach einer Dienstzeit von zwei Jahren | 212,— |
| Vbm. Nr. 10 Abs. 1 BBesO A und B | |
| nach einer Dienstzeit von einem Jahr | 106,— |
| nach einer Dienstzeit von zwei Jahren | 212,— |
| Vbm. Nr. 12 BBesO A und B | 159,— |
| Vbm. Nr. 27 BBesO A und B | |
| Abs. 1 Buchst. a | 63,60 |
| Abs. 1 Buchst. b Doppelbuchst. aa | 87,98 |
| Abs. 1 Buchst. b Doppelbuchst. bb | 159,— |
| Abs. 1 Buchst. c | 169,60 |
| Abs. 1 Buchst. d | 169,60 |
| Abs. 1 Buchst. e | 63,60 |
| Vbm. Nr. 2b BBesO C | |
| Buchst. a | 169,60 |
| Buchst. b | 63,60 |
| Vbm. Nr. 1a BBesO R | 63,60 |
| Vbm. Nr. 2.5 LBesO | 159,— |

**Sätze der Mehrarbeitsvergütung nach Art. 1 § 3 E/BBVAnpG 91
ab 1. März 1991**

| | |
|------------------------------|----------|
| 1. § 4 Abs. 1 MVergV: | |
| A 1 bis A 4 | 13,75 DM |
| A 5 bis A 8 | 15,65 DM |
| A 9 bis A 12 | 20,20 DM |
| A 13 bis A 16 | 26,70 DM |
| 2. § 4 Abs. 3 MVergV: | |
| Nummer 1 | 22,30 DM |
| Nummer 2 | 27,70 DM |
| Nummer 3 | 32,90 DM |
| Nummern 4 und 5 | 38,40 DM |

**Sätze der Erschwerniszulagen nach Art. 1 § 4 E/BBVAnpG 91
ab 1. März 1991 (Nrn. 2, 3 und 4)/ab 1. April 1991 (Nr. 1)**

| | | |
|---|----------|-----------|
| 1. § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EZuIV: | | 4,— DM |
| § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a) EZuIV: | | 1,25 DM |
| § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b) EZuIV: | | 2,50 DM |
| 2. § 8 Abs. 1 EZuIV: | | 4,30 DM |
| § 8 Abs. 2 EZuIV: | | |
| bis zu 5 Metern | 17,85 DM | |
| von mehr als 5 Metern | 21,65 DM | |
| von mehr als 10 Metern | 26,90 DM | |
| von mehr als 15 Metern | 34,65 DM | |
| Erhöhungsbetrag nach Satz 2 | 7,75 DM | |
| 3. § 19 a EZuIV: | | 1,92 DM |
| 4. § 23 c EZuIV: | | 914,40 DM |

Mindestversorgungsbezüge, Mindestkürzungsgrenzen ab 1. März 1991

| Personenkreis | § 40 Abs. 1 BBesG ²⁾ | § 40 Abs. 2 BBesG | § 40 Abs. 5 BBesG |
|--|---------------------------------|-------------------|-------------------|
| Stufe des OZ | 1 | 2 | 1 + 1/2 U |
| Grundgehalt (Endstufe A 3) | 1827,72 | 1827,72 | 1827,72 |
| Ortszuschlag (Tarifklasse II) | 693,49 | 842,65 | 768,07 |
| Stellenzulage | 63,60 | 63,60 | 63,60 |
| Ruhegehaltsfähige Dienstbezüge | 2584,81 | 2733,97 | 2659,39 |
| Mindestversorgungsbezüge | | | |
| Ruhegehalt (65% von RD) | 1680,13 | 1777,09 | 1728,61 |
| Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG) | - | 17,30 | 8,65 |
| Mindestruhegehalt (§ 14 Abs. 1 Satz 3 BeamtVG) | 1680,13 | 1794,39 | 1737,26 |
| Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4 BeamtVG) | 45,- | 45,- | 45,- |
| Mindestversorgung des Ruhestandsbeamten (§ 14 Abs. 1 Satz 3, 4 BeamtVG) | 1725,13 | 1839,39 | 1782,26 |
| Mindestwitwengeld (60% von MR) | - | 1076,64 | - |
| Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4 BeamtVG) | - | 45,- | - |
| Mindestversorgung der Witwe (§ 20 i.V.m. § 14 Abs. 1 Satz 3, 4 BeamtVG) | - | 1121,64 | - |
| Mindesthalbwaisengeld (12% v. MR)¹⁾ | - | 215,33 | - |
| (§ 24 Abs. 1 i.V.m. § 14 Abs. 1 Satz 3 BeamtVG) | | | |
| Mindestvollwaisengeld (20% von MR)¹⁾ | 336,03 | 358,88 | - |
| (§ 24 Abs. 1 i.V.m. § 14 Abs. 1 Satz 3 BeamtVG) | | | |
| Mindestunfallversorgungsbezüge | | | |
| Ruhegehalt (75% von RD) | 1938,61 | 2050,48 | 1994,55 |
| Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG) | - | 17,30 | 8,65 |
| Mindestunfallruhegehalt | | | |
| (§ 36 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 1 BeamtVG) | 1938,61 | 2067,78 | 2003,20 |
| Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4 BeamtVG) | 45,- | 45,- | 45,- |
| Mindestunfallversorgung des Ruhestandsbeamten (§ 36 Abs. 3 Satz 3 BeamtVG) | 1983,61 | 2112,78 | 2048,20 |
| Mindestunfallwitwengeld (60% von MUR)¹⁾ | - | 1240,67 | - |
| Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4 BeamtVG) | - | 45,- | - |
| Mindestunfallversorgung der Witwe (§ 39 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 36 Abs. 3 Satz 3 BeamtVG) | - | 1285,67 | - |
| Mindestunfallwaisengeld (30% von MUR)¹⁾²) | 581,59 | 620,34 | - |
| (§ 39 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. § 36 Abs. 3 Satz 3 BeamtVG) | | | |
| Mindesthalbwaisengeld (12% von MUR)¹⁾ | - | 248,14 | - |
| (§ 39 Abs. 2 BeamtVG) | | | |
| Mindestvollwaisengeld (20% von MUR)¹⁾ | 387,73 | 413,56 | - |
| (§ 39 Abs. 2 BeamtVG) | | | |
| Unterhaltsbeitrag (40% von MUR + E) | | | |
| (§ 40 BeamtVG) | 793,45 | 845,12 | - |
| Mindestkürzungsgrenze | | | |
| (§ 53 Abs. 2 Nr. 1 BeamtVG) | | | |
| Ruhestandsbeamter (125% von RD ohne St) | 3151,52 | 3337,97 | 3244,74 |
| Witwe (125% von RD ohne St) | - | 3337,97 | - |
| Waise (40% vom Betrag des Ruhestandsbeamten) | 1260,61 | 1335,19 | - |

Erläuterung

- MR = Mindestruhegehalt
 MUR = Mindestunfallruhegehalt
 OZ = Ortszuschlag
 RD = Ruhegehaltfähige Dienstbezüge
 St = Stellenzulage (Vorbem. Nr. 27 BBesO A/B)
 U = Unterschiedsbetrag zwischen Stufe 1 und 2 des OZ
 E = Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4 BeamtVG)

Anmerkung:

- ¹⁾ Die §§ 25, 42 BeamtVG sind zu beachten. Die Erhöhungsbeiträge nach § 14 Abs. 1 Satz 4 BeamtVG und die Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamtVG (einschl. des OZ-Erhöhungsbetrages - Satz 2 unterhalb der Tabelle in der Anlage V des BBesG -) sowie der Ausgleichsbetrag nach § 50 Abs. 3 BeamtVG bleiben bei der anteiligen Kürzung außer Betracht.
- ²⁾ Waisengeld gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 2 BeamtVG in Höhe von 30 v. H. des Unfallruhegehalts kommt bei Kriegsurlauberversorgung nicht in Betracht.
- ³⁾ Ledige und Geschiedene, die die Voraussetzungen des § 40 Abs. 2 Nr. 3 und 4 BBesG und des Art. 1 § 2 Abs. 2 und 3 HStruktG erfüllen, erhalten die Mindestsätze der Stufe 2.

Zu den Mindestversorgungsbezügen treten ggf. noch Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamtVG. Entsprechendes gilt für die Mindestkürzungsgrenzen der Ruhestandsbeamten und Witwen. Zum Mindestvollwaisengeld tritt ggf. zusätzlich der Ausgleichsbetrag nach § 50 Abs. 3 BeamtVG. Bei den Mindestkürzungsgrenzen für Waisen ist ein ihnen ggf. zustehender Unterschiedsbetrag (§ 50 Abs. 1 BeamtVG) in die Anteilsberechnung (40%) einzubeziehen.

Der Unterschiedsbetrag nach § 50 Abs. 1 BeamtVG beträgt 134,03 DM je Kind; hinzu kommt für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind ein Ortszuschlag-Erhöhungsbetrag von 40,- DM.

I.
Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratetenzuschlag
 (Monatsbeträge in DM)

Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1983 eingestellt worden sind:

| Eingangsjahr, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt | Grundbetrag | | Verheiratetenzuschlag | |
|---|--|---|-----------------------|---------------------|
| | vor Voll- endung des 26. Lebens- jahres | nach Voll- endung des 26. Lebens- jahres | nach § 62 Abs. 1 | nach § 62 Abs. 2 |
| A 1 bis A 4 | 1058 | 1172 | 315 | 105 |
| A 5 bis A 8 | 1240 | 1396 | 364 | 105 |
| A 9 bis A 11 | 1322 | 1500 | 420 | 105 |
| A 12 | 1535 | 1726 | 444 | 105 |
| A 13 | 1584 | 1784 | 459 | 105 |
| A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundes- besoldungsordnungen A und B) oder R 1 | 1634 | 1848 | 474 | 105 |

II.
Unterhaltsbeihilfen
 (Monatsbeträge in DM)

Für Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten, die nach dem 31. Dezember 1983 eingestellt worden sind:

Verwaltungslehrlinge: 682
 Verwaltungspraktikanten: 727

Hinweis**Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 22 v. 24. 5. 1991**

(Einzelpreis dieser Nummer 3,70 DM zuzügl. Portokosten)

| Glied-Nr. | Datum | | Seite |
|-----------|-------------|---|-------|
| 822 | 30. 5. 1990 | Siebenter Nachtrag zur Satzung des IKK-Landesverbandes Westfalen-Lippe | 226 |
| 822 | 30. 5. 1990 | Bekanntmachung der Neufassung der Satzung des IKK-Landesverbandes Westfalen-Lippe | 227 |

- MBl. NW. 1991 S. 784.

Einzelpreis dieser Nummer 4,40 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 96 82/238 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1
Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug
müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 96 82/241, 4000 Düsseldorf 1

Von Vorabensendungen des Rechnungsbetrages - in welcher Form auch immer - bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher
Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines
Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht
innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569